

Ziel, die Entsendung einer Kommission zur Untersuchung der DDR-Gefängnisse zu erreichen¹ und mit dem Internationalen Roten Kreuz und dem UN-Hochkommissar für Flüchtlingsfragen seitens einer Delegation unter Leitung des Vorstandsmitgliedes der "Internationalen Gesellschaft für Menschenrechte e. V." Göhl, Gespräche über "die Haftbedingungen für politische Gefangene in der DDR, Familienzusammenführungen sowie über fortgesetzte Menschenrechtsverletzungen in der DDR" geführt.²

Auch Provokationen übelster Art gehören zum Szenarium der "Internationalen Gesellschaft für Menschenrechte e. V.". So hatte diese wiederholt versucht, unter Ausnutzung der Resolutionen 728 F, 1235 und 1503 des Wirtschafts- und Sozialrates der UNO (ECOSOC) mit der Behauptung, in der DDR würden massenweise und grobe Menschenrechtsverletzungen begangen, die UNO-Menschenrechtskommission zu veranlassen, im Rahmen ihrer Möglichkeiten Maßnahmen gegen die DDR zu ergreifen und sie gegebenenfalls zu verurteilen. Gleichzeitig aber forderte sie Bürger der DDR und der BRD auf, sich an die entsprechenden internationalen Organisationen zu wenden, um damit die Richtigkeit ihrer Behauptung nachzuweisen. Allein die Tatsache, daß eine von der Internationalen Liga für Menschenrechte/New York und der "Internationalen Gesellschaft für Menschenrechte e. V." gemeinsam eingereichte Beschwerdeschrift von der UN-Menschenrechtskommission erörtert und die DDR zur Stellungnahme aufgefordert wurde, veranlaßte die "Internationale Gesellschaft für Menschenrechte e. V." in der Folge zu der breit angelegten publizistischen Entstellung, daß die DDR wegen schwerer systematischer Menschenrechtsverletzungen verurteilt worden sei.

Dem Ziel der Erpressung und der Druckausübung auf die DDR und andere sozialistische Staaten dienen auch solche Forderungen der "Internationalen Gesellschaft für Menschenrechte e. V." an die BRD-Regierung, den Senat von Westberlin sowie andere Staaten und internationale Gremien, die Handelsbeziehungen, Kredite und Sportbeziehungen zur Druckausübung im Sinne der "Gewährleistung von Menschenrechten" auszunut-

¹ Nach Mitteilung des Vorstandsmitgliedes der "Internationalen Gesellschaft für Menschenrechte e. V." Göhl in "Menschenrechte" Mai/Juni 1980

² Nach "Menschenrechte" Juli/August 1982